

Antifa

An den Brandanschlag auf ein Migrantinnenwohnheim in Solingen erinnert heute nur noch die verschärfte Asylgesetzgebung

Seite 2

Ruhr-Uni

Statt über Krawatten können sich RUB-Gäste nun über ein Buch zur Schönen neuen Hochschulwelt freuen

Seite 3

Rezension

In seinem neuen Buch bleibt der Historiker Raul Hilberg leider hinter dem, was er bisher über die Shoah veröffentlicht hat, zurück

Seite 4



Neue „verteidigungspolitische Richtlinien“ der Bundesregierung Krieg heißt jetzt Verteidigung

Mit den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) hat die rot-grüne Bundesregierung militärpolitisch die letzten Hemmnisse weggeräumt, die als Konsequenz zweier von Deutschland angezettelter Weltkriege bisher kriegerische Optionen für Deutschland einschränkten. Aber während bei der Remilitarisierung Mitte der Fünfziger Jahre und bei der Verabschiedung der Notstandsgesetze Ende der Sechziger Jahre noch das Grundgesetz revidiert wurde und entsprechende gesellschaftliche Auseinandersetzungen stattfanden, ist die letzte Etappe Deutschlands auf dem Weg zur ganz normalen Militärmacht nicht einmal vom Bundestag beschlossen worden. Diesmal reichte eine Verordnung des Kriegsministers.

Die VPR beginnen mit den Worten: „Die Sicherheitslage hat sich grundlegend gewandelt. Neue sicherheitspolitische Risiken und Chancen verlangen veränderte Fähigkeiten. Auftrag, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr orientieren sich konsequent an der zu erwartenden Sicherheitslage und den sicherheitspolitischen Verpflichtungen Deutschlands als NATO- und EU-Partner. Gleichzeitig berücksichtigen sie die Ressourcenlage.“

Keinen interessiert's

Hintergrund dieser Einleitung ist, dass als Zugeständnis an die gesellschaftlichen Kräfte, die sich der Remilitarisierung entgegenstellten, Grundgesetzformulierungen festgeschrieben wurden, die sogar die bloße Vorbereitung von Angriffskriegen schon ächten und die der Bundeswehr ausschließlich Verteidigungsaufgaben zubilligen. In Artikel 87a des Grundgesetzes wird festgelegt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf[...] Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grund-

gesetz es ausdrücklich zulässt. Die Bundesregierung stellt selbst in den VPR fest: „Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht.“

Also müsste nun logischerweise drastisch abgerüstet, die Armee aufgelöst oder das Grundgesetz geändert werden, um das Militär für andere Ziele vorhalten und einsetzen zu können. Doch der Weg der Bundeswehr zur weltweit agierenden Angriffsbewehrung wird anders legitimiert. Verteidigung wird einfach neu definiert. In den VPR heißt es jetzt: „Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen

Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein.“

Dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“

Im Prinzip wird hier nachvollzogen, was die NATO schon 1999 in ihrer neuen Doktrin beschrieb. Hier hatte die NATO ebenfalls ihre „Verteidigungsbindung“ und ihre territoriale Beschränkung auf das NATO-Gebiet aufgegeben und eine ähnliche Begründung für die künftige Kriegsführung formuliert.

Bundeswehr grenzenlos einsetzbar

Da sich Deutschland im Rahmen seiner Militärplanung aber auch immer stärker Optionen außerhalb der NATO vor allem in einem europäischen Zusammenhang - ohne die USA - schafft, war es notwendig, dies auch unabhängig von der NATO festzulegen.

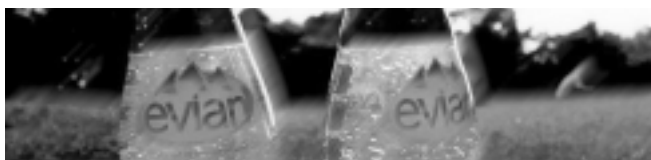
Mit den neuen VPR hat sich die Bundesregierung nun eine verbindliche Grundlage für den grenzenlosen Einsatz der Bundeswehr gegen alle erdenklichen Ziele in jeder erdenklichen Dauer und in jeder möglichen Intensität geschaffen. Ein gesellschaftliche Debatte, dass der deutsche Militarismus nun wieder da angekommen ist, wo er 1945 zwangsweise eine kurze Pause einlegen musste, findet nicht statt. Es gibt offensichtlich sehr viele Menschen, die tatsächlich glauben, dass die Haltung der Bundesregierung zum Irak-Krieg etwas anderes war, als ein Luftloch für den nächsten Angriffskrieg.

Paul Merker

Weitere Infos finden sich unter <http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum/vpr.htm>



<http://www.bo-alternativ.de>



Regierungschefs treffen sich in Evian Das ist der Gipfel

In vier Tagen ist wieder ein G8-Gipfel. Da treffen sich die Regierungschefs der sieben gewichtigsten kapitalistischen Industriestaaten der Erde plus Russland und entscheiden über die Zukunft der Welt. Ohne, dass sie jemand darum gebeten hätte. Aber noch haben wir ein Wörtchen mit zu reden.

Vom 1. bis 3. Juni treffen sich die glorreichen Acht in Evian, um u.a. über den Fortschritt der Privatisierung im Dienstleistungssektor, über das Vorgehen bei den nächsten WTO-Verhandlungen oder über Wasser zu diskutieren.

Passenderweise wird beim G8-Gipfel in Evian die weltweite Versorgung mit Trinkwasser einer der zentralen Punkte sein. Und zwar mit Trinkwasser aus der Flasche, am besten von Danone (das „Evian“ gehört). Gegen Trinkwasser aus dem Hahn wird von vorn herein das Misstrauen geschürt. Bringt ja auch nicht so viel Profit. Dass Menschen bei solch einer Politik auf der Strecke bleiben, scheint in den Chefetagen niemanden zu stören.

Auch bei anderen Punkten wird sich gerne abgesprochen, z.B. bei der Vergabe von Lizenzen und Patenten. Was bei dem Verkauf von Yo-Yos noch

in Ordnung geht, nämlich durch ein Patent das alleinige Verkaufsrecht zu haben, wird spätestens beim überbeurteilten Verkauf von AIDS-Medikamenten lebensbedrohlich.

Leider sind gerade die Staaten, die begründete Zweifel an der neoliberalen Politik haben, weil sie dadurch nur verlieren können, halt auch sehr leicht unter Druck zu setzen. Durch Entzug von Entwicklungshilfe beispielsweise, oder einfach, indem man ein Land gegen das andere ausspielt.

Mit Macht gegen die Macht

Doch wir lassen uns das nicht gefallen. Nachdem sich die Acht während der letzten Treffen in der kanadischen Wildnis oder sonstwo vor der Wut der Bevölkerung versteckt hatten, die sie eigentlich repräsentieren sollten, sind sie jetzt wieder mitten unter uns, in Evian.

Natürlich werden sie auch dort hermetisch abgeschottet werden von einem riesigen Polizeiaufgebot. Doch unser Ziel ist nicht, in diesen Bereich hinein zu gelangen, sondern ihn unsererseits hermetisch abzuriegeln, so dass niemand mehr hinein oder heraus kann. Wir sind nicht militant, wir sind

nur ungehorsam. Die Gewaltbereitschaft überlassen wir denjenigen, die unbedingt gegen die Achse des Bösen oder den Terrorismus Krieg führen wollen. Wir sehen die Lösung nicht im Krieg, wir sehen die Lösung in sozialer Gerechtigkeit und Bildung und Kommunikation.

Intergalaktisch gut

Und um diese andere Welt schon einmal ein Stück weit vorleben zu können, treffen wir uns ab dem 28. Mai im „Intergalaktischen Dorf“ in Annemasse. Dort wird ein Zeltlager entstehen für tausende von Leuten, die Lust haben auf Seminare, Diskussionsrunden, Konzerte und natürlich darauf, die Proteste für den 1. Juni vorzubereiten.

Das intergalaktische Dorf wird unterteilt sein in verschiedene „Barrios“ (span.: Viertel), in denen Schwerpunkte gesetzt werden nach den Themen aktueller progressiver Politik: der grüne Bereich ist für die ökologischen Netzwerke, der blaue hat den Schwerpunkt Entwicklungspolitik, pink steht für das lesbisch/bisexuell/queer-Netzwerk und violett/grün für den vegetarisch/veganen Bereich. Auch nach Sprachen wird unterteilt, damit jeder mitreden kann. Spiel und Spaß kommen nicht zu kurz, z.B. werden am Abend des 31. Mai rund um den Genfer See Leuchtfeuer erstrahlen, um unseren Protest in

Fortsetzung auf Seite 2

:bochum in kürze

Stadt plant Zweitwohnungssteuer

Die Stadt Bochum hat sich etwas Neues einfallen lassen, um ihre Haushaltslöcher zu stopfen: Sie plant die Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Wie eine Pressesprecherin der Stadt bestätigte, gibt es zurzeit konkrete Überlegungen, eine solche Steuer zu erheben. Damit sollen alle jene zur Kasse gebeten werden, die in Bochum leben, ihren Erstwohnsitz jedoch in einer anderen Stadt haben. Wie die Pressesprecherin weiter mitteilte, sollen Studierende von dieser Regelung jedoch ausgenommen sein. Dies bleibt abzuwarten...

Rechtsberatung jetzt per e-Mail

Studierende der RUB haben jetzt die Möglichkeit, die ASTA-Rechts- und Sozialberatung auch per e-Mail zu erreichen. Unter rechtsberatung@ruhr-uni-bochum.de besteht die Möglichkeit, die Rechtsberatung zu kontaktieren.

Einfache rechtliche, studentische Angelegenheiten können auf diesem Wege geklärt werden. Ansonsten sind die Beratungszeiten der „realen“ Rechtsberatung des ASTA im Studierendenhaus jeden Dienstag von 13.00 bis 15.00 und jeden Donnerstag von 15.00 bis 17.00 Uhr. Im Zweifel einach mal vorbeikommen! Kostet ja nichts!

Briefe von den Lesern!

Seit Jahren lese ich Eure kritische Berichterstattung zu verschiedenen Themen in und außerhalb der Ruhr-Universität Bochum, weil ich mich für studentische Interessen an der FH und der RUB einsetze (FS Wirtschaft FH Bochum, bonding Bochum). Für die Ausgabe Nr. 594 habe ich im Namen der bonding studenteninitiative e.V. einen Artikel verfasst, der in launiger Weise auf unsere 5. Firmenkontaktmesse hinweisen sollte. Was ihr allerdings daraus gemacht habt, stellt Euch ach so toleranten und weltoffenen Leute in meiner Meinung genau in die Reihe derjenigen, die ihr in jeder Ausgabe in das „Visier des kritischen Journalismus“ nimmt. Wer andere studentische Initiativen (die mal nicht gerade den roten oder schwarzen Stern auf ihrem Panier haben) vor dem Hintergrund sexistischer Diffamierung anmacht („SM-AnhängerInnen aller Stilrichtungen“, „diesen Pervernen“), verdient leider keinen Cent aus dem Haushalt der Studierendeninitiative mehr. Wenn ihr keine Lust habt, Artikel für Initiativen zu drucken – bitte sehr! Ich empfehle Euch jedoch, erst einmal über bonding und andere fachbereichsübergreifende Initiativen wie AIESEC, bomi, ELSA etc. gründlich zu informieren, bevor ihr in BILD-Zeitungsmanier über uns herfällt. Verschiedene Referenten/innen des ASTA und diverser Fachschaften sowie andere Uni-Medien haben jedenfalls sich durchaus diese Mühe gemacht, auch wenn es vielleicht weiterhin Vorbehalte gegen uns geben sollte.

Ich bin ja mal gespannt, ob ihr den Mut habt, diesen Leserbrief auch zu veröffentlichen!

Mit studentischen Grüßen

Jörg Menden
bonding studenteninitiative e.V.

Antwort der Redaktion: Haben wir! Mit unserer Kurzmeldung wollten wir S/M-Sexualpraktiken natürlich nicht als Perversionen geißeln. Vielmehr halten wir sie für genauso erregend wie Küsse, heterosexuellen Beischlaf oder Rosen züchten. Dies ist sicherlich allen LeserInnen der bsz aufgefallen.



Defloration, ab 1,-

Eine 21-jährige Peruanerin hat die von ihr angekündigte Internet-Versteigerung ihrer Entjungferung abgebrochen. Wie die Frau der Nachrichtenagentur AFP am Dienstagabend per E-Mail mitteilte, habe sie in ihrer elektronischen Post nicht nur zahlreiche Angebote männlicher Interessenten vorgefunden, sondern auch kritische Schreiben und „gute Ratschläge“, die ihr zu denken gegeben hätten. „Dies hat mir dabei geholfen, die Dinge von einem anderen Gesichtspunkt aus zu betrachten“, fügte sie hinzu. Trotz ihrer finanziellen Schwierigkeiten werde sie Wege finden, ihr Philosophiestudium an einer Privatuniversität in Santiago de Chile fortzusetzen.

Die Frau hatte sich vergangene Woche unter dem Namen Sandy bei dem chilenischen Sender „Radio W“ gemeldet und die Auktion angekündigt. Zur Begründung sagte sie, andernfalls müsse sie ihr Studium abbrechen. Als Einstiegsgebot nannte sie die Summe von 700.000 Pesos (861 Euro). Nach Angaben des Senders konnten teilweise wegen Überlastung keine Angebote mehr an die E-Mail-Adresse geschickt werden.

Nichts ist vergessen und Niemand Im Jahre Zehn nach Solingen

In der Nacht des 29. Mai 1993 legten die Neonazis Markus Gartmann, Felix Köhnen, Christian Buchholz und Christian Reher Feuer an einem von türkischen MigrantInnen bewohnten Haus in Solingen. In den Flammen starben Gürsün Ince (27), Hatice Genç (18), Gülistan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4). In aller Welt sorgte der feige Brandanschlag für Aufsehen, aus Sorge um das Ansehen Deutschlands im Ausland sahen sich in der Folgezeit auch PolitikerInnen bis hin zur Bundesregierung genötigt, sich gegen rechte Gewalt auszusprechen. Dabei war dem Brandanschlag eine beispiellose rassistische Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und MigrantInnen vorausgegangen, initiiert durch eben jene Politik, einer Politik der Ausgrenzung und Stigmatisierung, aufgegriffen und katalysiert durch die bundesdeutschen Medien.

In Folge dieser Politik und der (Re)Nationalisierung des Mainstreams als Resultat der so genannten „Wiedervereinigung“ stieg die Zahl neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Anschläge und Morde massiv an, ihre Anzahl hat sich seitdem auf einem hohen Niveau von über 2.000 registrierten Straftaten gefestigt. Die Dunkelziffer dürfte nach wie vor noch um einiges höher liegen. Allein in den letzten zehn Jahren gehen über 100 Morde auf das Konto neonazistischer Übergriffe. Schon zu Beginn der ersten Übergriffe und den teilweise tagelangen Pogromen wie in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda machten die offiziellen Stellen die Opfer rassistischer Gewalt selbst für die gewaltsamen Exzesse verantwortlich. Nicht etwa die Nazis und RassistInnen, und schon gar nicht die etablierte Politik mit ihrer rassistischen Hetzkampagne wurden für die Übergriffe verantwortlich gemacht, sondern die bloße Existenz von Flüchtlingen wurde zum Anlass genommen, neben drastischen Verschärfungen der Ausländergesetze das Grundrecht auf Asyl – immerhin eine der zentralen Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus – im Grundgesetz de facto abzuschaffen.

Asylrecht abgeschaft

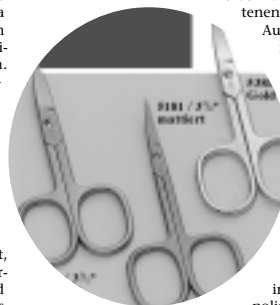
Nur drei Tage vor dem Brandanschlag in Solingen erfolgte die entscheidende Abstimmung im Bundestag, in welcher ein Großteil der Sozialdemokratie dem Druck der Initiative der CDU nachkam. Erst mit den Anschlägen in Mölln und Solingen, wo einmal nicht AsylwerberInnen Ziel neonazistischer Attacken waren, sondern MigrantInnen, die seit Jahren hier leben und arbeiten, regelmäßig ihre Steuern zahlen, Opfer waren, sah sich die Politik genötigt,

„aktiv“ gegen Rechts zu werden, und die aufgrund des Drucks aus dem Ausland lästig gewordenen „Söhne im Geiste“ zu maßregeln. Verschiedene neonazistische Organisationen wurden verboten – eine Maßnahme, die sich als wirkungslos erweisen sollte, da z.T. komplette Strukturen von „neuen“ neonazistischen Organisationen übernommen wurden. Parallel zum verstärkten neonazistischen Straßenterror – z.T. sogar offen mit diesem gerechtfertigt – wurde die Abschiebung von MigrantInnen und Flüchtlingen forciert, so dass es für sie de facto nicht mehr möglich ist, auf legalem Weg in die BRD einzuwandern und Asyl zu bekommen. Haben sie es dennoch geschafft, werden sie in eigens dafür hergerichtete „Sammellager“ und Abschiebekäfige, dazu neuerdings so genannte „Ausreisezentren“ interniert – ohne große juristische Beratung, mit mangelnder sozialer und medizinischer Pflege soll potentiell Einreisewilligen und Asylsuchenden schon im Ansatz klar gemacht werden, dass sie hier unerwünscht sind. Entsprechend wird der Großteil der Menschen in ihre Herkunftsländer, z.T. in Hunger, Krieg und Tod abgeschoben. Die Zumutungen und die rigiden Maßnahmen sind im Laufe der letzten Jahre weiter erhöht worden: Durch die Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz, die Kürzung auf ein Niveau, das nur rund 80% der Sozialhilfe entspricht, oder etwa die konsequente Internierung von Flüchtlingen in Lagern.

Neonazis und VS

Eine besonders perfide und nie ganz aufgeklärte Rolle bei dem Brandanschlag von Solingen kam dem Verfassungsschutz zu. Ein V-Mann des Verfassungsschutzes, Bernd Schmitt, trainierte in seiner Kampfsportschule Hak Pao auch den „Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband“ (DHKKV), einer Art Vorfeld-Organisation der neonazistischen „Nationalistischen Front“. Im Rahmen des „kanaknfreien Freitagstraining“ des DHKKV nahmen neben diversen Neonazis drei der Täter aus Solingen teil. Mitglieder des DHKKV dienten diversen Organisationen der extremen Rechten als Saalschutz. So deutete sich schon 1993 in Solingen an, welche Rolle der Verfassungsschutz beim Aufbau und Unterstützung von Organisationen der extremen Rechten spielt. Auch beim Angriff einer Gruppe verummter Neonazis auf TeilnehmerInnen einer Kundgebung an dem KZ-Mahn-

mal Kemna in Wuppertal im Jahr 2000 gab es zahlreiche Anzeichen, dass hier V-Leute des VS beteiligt waren. Mit dem Skandal zum Verbotsverfahren gegen die NPD, bei dem sich herausstellte, dass reihenweise NPD-Funktionsträger bis hin zu zentralen Mitgliedern des Landesvorstandes NRW und des Bundesvorstandes vom Verfassungsschutz bezahlt wurden bzw. werden und einen Teil ihrer erhaltenen Gelder in den Auf- bzw. Ausbau von Neonazi-Strukturen stecken bzw. stecken, steht die Frage nach Auflösung der Behörde mehr denn je im Raum.



Alltagsdiskurs

Zentral für den Zulauf neonazistischer Organisationen ist die Schnittmenge von nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen in Alltagsdiskurs und politischem Tagesgeschehen der Bundesrepublik. Dies hat sich zwar in den letzten zehn Jahren sicherlich äußerlich gewandelt, wesentlich geändert hat sich indes nichts an dem Klima, in dem der Brandanschlag von Solingen stattfand: Beispielhaft seien etwa die Leitkultur- und Doppelpass-Kampagne der CDU als zwei bekanntere Vertreter der letzten Jahre genannt, welche rassistische Stimmungsmache noch weiter salonfähig gemacht haben. Auch die sog. Walseder-Debatte, dessen Streit mit dem ehem. Vorsitzenden der Juden in Deutschland oder die Ausfälle eines Jürgen Möllemann haben einen enormen Schub an antisemitischen Stereotypen im Alltagsdiskurs produziert, und damit in Konsequenz auch ein Anwachsen antisemitischer Übergriffe verursacht. Nach wie vor ist es in bestimmten Gegenden Deutschlands für Menschen ohne deutschen Pass gefährlich auf die Straße zu gehen. Immer noch sind MigrantInnen, Andersaussehende, Linke etc. neonazistischen Angriffen ausgesetzt. Auch zehn Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen gilt es, dem staatlichen und alltäglichen Rassismus die Forderung nach sofortiger Öffnung der Grenzen und einem Bleiberecht für alle entgegenzusetzen, die Ursachen von Rassismus und Faschismus zu bekämpfen und damit letztlich für eine grundsätzliche Abschaffung der herrschenden Ordnung einzutreten, die neonazistische Anschläge, wie den vor zehn Jahren, erst ermöglicht.

ASTA-Referat für Grund- und Freiheitsrechte

Demo am 29. Mai in Solingen, 12 Uhr, Rathausparkplatz
Rassismus & Faschismus bekämpfen!
Deutschland ausschalten!

Fortsetzung von Seite 1

Das ist der Gipfel

die Welt hinaus zu senden. Am 1. Juni gibt es dann verschiedene Aktionen, Protestformen und eine Großdemonstration, zu der mehr als 100.000 Menschen erwartet werden.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, an den Ort des Geschehens zu gelangen. Die schönste und spektakulärste ist der Zug, der am 28. Mai auch in Bochum hält und direkt durchfährt nach Genf. Schon die Fahrt gleicht einer Demonstration, an Bord wird es die ersten Kontakte und Koordinierungsgespräche und Seminare geben, und außerdem ist der Zug die

beste Möglichkeit, auch wirklich über die Grenze zu kommen. Doch wer keine Zeit hat, ganze fünf Tage von zu Hause weg zu bleiben, für den/die existieren auch andere Möglichkeiten. Beispielsweise fahren Busse für zwei Tage über das Wochenende, damit man an den wichtigsten Aktionen teilnehmen kann. Für Gemeinschaftszelte und Verpflegung ist gesorgt, es braucht sich nur jede/r seine/ihre Unterkunft, sprich: Zelte selber mitzubringen. Also, was zögerst du noch? Auf nach Evian!

Weitere Infos gibt es unter www.attac.de/evian oder bei uni-bochum@attac.de oder bei mir im Raum 010 des Studierendenhauses (ASTA-Flur).

Ricarda Thrun
(ASTA-Referentin für Hochschulpolitik)

Sammelband zur Geschichte der RUB Schöne neue Hochschulwelt

Welche Bedeutung die Ruhr-Uni bei ihrer Entstehung in den 60er Jahren für die Region gehabt haben mag, zeigt sich in folgendem kleinen Beispiel: So war es unter den Kindern 1963 beliebt, auf die Bemerkung „Der BVB ist Fußballmeister und ihr nicht“ zu antworten: „Aber dafür kriegt Bochum eine Uni und ihr nicht.“ Auch wenn von dieser Anekdote in dem neu erschienenen Buch nicht die Rede ist, spiegelt sie dennoch wieder, was den im Mai neu erschienenen Sammelband „Schöne neue Hochschulwelt. Idee und Wirklichkeit der Ruhr-Universität“ ausmacht. Dieser ist nämlich mitnichten eine Festschrift im klassischen Sinne, sprich: Die Herren Professoren bejeheln, wie toll die RUB ist. Stattdessen handelt es sich dabei um eine Sammlung von Essays, die die verschiedenen Aspekte des Lebens und Arbeitens an, um und die Uni herum schildern. Hervorzuheben ist dabei, dass dies nicht alleine aus professoraler, sondern auch aus Sicht von AbsolventInnen der Ruhr-Uni geschieht.

Der Band gliedert sich dabei in die Unterkapitel „Universität und Lebenswelt“, „Forschung und Lehre“ sowie „Erinnerungen und Erfahrungen“. Jeder einzelne Teil für sich ist sicher lesenswert, doch erst diese Mischung macht den Sammelband zu einer interessanten und teilweise ebenso amüsanten Lektüre. Gelungen ist die Zusammenstellung auch deswegen, weil neben neuen Forschungsergebnissen, die die Ruhr-Uni betreffen, auch Episoden aus der Geschichte der RUB aufgegriffen werden, die sonst wahrscheinlich nirgendwo mehr nachzulesen wären.

Anekdoten...

Der Aufsatz über die Entstehung, Zerstörung und erneute Rekonstruktion der Kopie des Mahnmals „Guernica“ von Pablo Picasso auf dem Campus ist so ein Beispiel. Hier wird eine Episode aus der

Geschichte der Bochumer Uni geschildert, die in einer Festschrift der traditionellen Art kaum ihren Platz gefunden hätte. Wäre die Rekonstruktion des Gemäldes allerdings nicht neben der UB erneut aufgehängt worden, sondern wäre das Bild für immer hinter der Ladenzeile verschwunden, hätte man dieses unrühmliche Kapitel aus der Uni-Geschichte an solch prominenter Stelle sicherlich nicht wieder gefunden. Auch würden uns so wichtige Informationen entgehen, wie die Tatsache, dass die Litfasssäule vor dem StudentInnenhaus auf den Namen „Benni-Beimer-Säule“ hört, als Kontrastprogramm zu „Gerhard-Petschelt-Brücke“, die ebenso wenig wie die Säule tatsächlich so genannt wird.

... und Forschung

Doch auch die Forschungsergebnisse, die sich aus dem Band ergeben, werfen ein interessantes Licht auf die Uni. So kommt Klaus Tenfelde in seinem Aufsatz über den Zusammenhang zwischen der Bildungseinrichtung Ruhr-Uni und dem Milieu des Ruhrgebiets zu der Schlussfolgerung, dass es sich bei der RUB nicht, wie eigentlich konzipiert, um eine Stätte der ArbeiterInnenkinderbildung handelt. Stattdessen betont er, dass es sich bei der RUB um eine Universität handelt, die im Kontext des Ruhrgebietsmilieus vor allem zu Frauenemanzipation beigetragen hat und fasst dies zusammen in dem Satz: „Vati auf'm Pütt, Tochter inne Uni.“ Die Frage, ob und wenn ja warum eine „Tochter aufte Uni“ automatisch eine emanzipierte Frau ist, klärt der Artikel selbstredend nicht.

In jedem Fall bietet der Sammelband eine Menge Geschichten, die das übliche „Bochum, ach ja, die Selbstmorduni“ in ein anderes Licht rücken. Auch wenn der Titel des Buches zunächst andere Assoziationen nahe legt (eher würde man Abhandlungen über die großen „Studienreformen“ oder die Einführung der Chipkarte vermuten), macht es Spaß, in dem Buch zu lesen, auch wenn nicht jeder Aufsatz gleich gelungen ist. Dennoch geht es nur selten über den Anekdotenfaktor hinaus. In jedem Fall stellt der Band eine gute Alternative zu den hässlichen Krawatten dar, die bisher immer als Gastgeschenke an Besucher der Ruhr-Uni (den Frauen wird man sie wohl kaum überreicht haben) gedient haben. Der eine oder andere wird sich wahrscheinlich bald selbst ein Bild machen können, denn das Buch ist unter anderem auch deswegen entstanden, so die Herausgeber, um ihn als Examensgeschenk an die AbsolventInnen verteilen zu können.

vw

Wilhelm Bleek und Wolfhard Weber (Hg.): **Schöne neue Hochschulwelt. Idee und Wirklichkeit der Ruhr-Universität Bochum.** Essen: Klartext-Verlag 2003, 17,90 Euro.

Infoladen, Buchverkauf und Archiv Der notstand wird 15!

Von manchen geliebt, anderen bestaunt und vielen abgelehnt: der „notstand“. Das Medienprojekt existiert seit nunmehr 15 Jahren an der Ruhr-Uni. Angefangen hatte es als kleiner libertärer Büchertisch im Mensafoyer 1988 (siehe Interview in der nächsten bsz).

Nachdem der Büchertisch größer geworden war und seit bald zehn Jahren auch ein eigenes Archiv betreut wird, gründeten einige Aktive einen als gemeinnützig anerkannten Verein (Spenden sind also willkommen). Der Verein vertreibt nun im Servicereferat des RUB-AStA (Raum 007 im Studierendenhaus) kritische Bücher, Broschüren und Zeitschriften. Neben manchen auch an Kiosken erhältlichen Zeitschriften wie der für elektronische Lebensaspekte de: bug, der unvermeidlichen Konkret oder der Wochenzeitung Jungle World, sind hier Publikationen erhältlich, die sonst nur im Abo zu bekommen sind. So zum

Beispiel die Antifazeitung Lotta, die Internationalismuszeitung iz3w oder das Punk-Fanzine OX.

Best eins, zwei, viele Bücher

Was für die Zeitschriften gilt, gilt erst recht für die Bücher. Nur wenige sind in den Bochumer Buchläden vorrätig. Wer nicht über das Internet bestellen will, sondern sich erstmal die alternativen Druckerzeugnisse anschauen will, hat wohl in Bochum keine andere Möglichkeit als dies im Servicereferat oder auf diversen politischen Veranstaltungen im Kulturcafé, dem Bahnhof Langendreer oder in der Umgebung Bochums zu tun. Das Themenspektrum der Bücher umfasst neben Antifa und Globalisierungskritik

weite Bereiche linker Theorie von Anarchie bis Kritischer Theorie. Ein neuer Schwerpunkt liegt auf Publikationen aus dem Bereich der Kultur- und Medienwissenschaften. Geöffnet ist das Servicereferat montags bis donnerstags von 11 bis 16 Uhr sowie freitags von 10 bis 14 Uhr.

Neuer Archivraum

Ganz aktuell hat das reichhaltige Archiv des notstands einen neuen Raum gefunden. Gegenüber der AStA-Druckerei im Raum GA 03/134 stehen rund 25.000 Zeitschriften und ca. 3.000 Broschüren sowie unzählige Flugblätter und Plakate bereit, entdeckt zu werden. Gesammelt werden politische und kulturelle Publikationen der

Ruhr-Uni und aus dem Rest der Welt. Der Schwerpunkt liegt auf deutschsprachigen kritischen Zeitschriften der Bereiche Ökologie, Antirassismus, Kultur, Kritische Wissenschaften, Gender und Internationalismus. Kopieren kann mensch nebenan in der AStA-Druckerei, die schon länger auch ein Copypaden ist. Offen zugänglich ist das Bochumer Archiv der Sozialen Bewegungen dienstags von 15 bis 17 Uhr, mittwochs von 12 bis 15 Uhr und donnerstags von 14 bis 16 Uhr. In einigen Wochen wird der Bestand des Archivs (zumindest alle Zeitschriften) in der Datenbank Dataspace auch online abrufbar sein (<http://ildb.nadir.org/index.php?seite=stantort.php>).

Ein Frage an die lesende Öffentlichkeit haben die „ArchivarInnen“ noch: Wer schenkt uns ein Sofa und eine Kaffemaschine?

Mehr Infos zum notstand: http://www.bo-alternativ.de/der_notstand



Mittwoch, 28. Mai

Der Nazis neue Kleider

Unter den Neonazis herrscht „Bewegung“: Der glattrasierte, mit Aufnahmen überpflasterte Skin ist endgültig zum Klischeebild verkommen, stattdessen ist vom „Normalo“-Look bis zu bunten Haaren alles Mögliche angesagt. Dies sind sichtbare Zeichen von sozialen Differenzierungsprozessen in der neonazistischen Jugendkultur. Doch von einer Auflösung kann keine Rede sein, vielmehr von einer dynamischen Entwicklung, in der die unterschiedlichen Stile unter der ideologischen Klammer von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus koexistieren.

19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliustr. 108, Düsseldorf
Donnerstag, 29. Mai

Demonstration anlässlich des 10. Jahrestages des Brandanschlages in Solingen

Infos: www.azw-wuppertal.de; www.antifa-ruhr.de

12.00 Uhr, Solingen-Mitte, Rathausparkplatz

Ruhr-Koordination-Widerstand gegen Sozialabbau

19.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Freitag, 30. Mai

Eine andere Welt ist möglich!

Dr. Werner Rätz: Globalisierte Politik und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Teil 3 der Veranstaltungsreihe von attac Bochum und VHS 19.00 bis 21.15 Uhr, VHS, Clubraum

Montag, 2. Juni

Ruhrgebiets AG Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz – Pläne

18.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6

Dienstag, 3. Juni

Venezuela: La revolución no será transmitida

Film und Diskussion mit dem Journalisten Günter Pohl
18.30 Uhr, Kino Endstation Wallbaumweg

Prof. Dr. Arno Klönne: Bildung - (k)ein öffentliches Gut?

Bildungssysteme unter dem Druck von Privatisierung und „Globalisierung“
19.00 Uhr, Fachhochschule, Sonnenstr. 96, Dortmund

Von der „Zärtlichkeit der Völker“ zur Israel-Feindschaft.

Seit einigen Jahren ist verstärkt eine Kritik an nationalistischen und antisemitischen Haltungen in linken Zusammenhängen zu vernehmen. Nicht erst seit den oft ressentimentbeladenen linken Positionierungen gegenüber Israel mit Beginn der sog. Al-Aksa-Intifada ist diese Kritik virulent geworden. Leider verselbstständigt sich der Vorwurf des Antisemitismus nicht selten zur bloßen Abgrenzungsrhetorik und zum moralischen Gestus, was antirassistische Kreise dazu nutzen, die Antisemitismuskritik per se abzublocken. Was in der innerlinken Debatte dabei häufig zu kurz kommt, ist eine Erarbeitung klarer Kriterien zur Identifizierung von Antisemitismus, sekundärer Formen desselben und ihm strukturell ähnlicher Ideologien. In seinem Vortrag wird Thomas Haury grundlegende Kategorien wie Antisemitismus oder struktureller Antisemitismus sowie deren konstitutiven Zusammenhang mit dem Nationalismus erläutern und zeigen, wie das antirassistische Weltbild der Traditionslinien auf den Staat Israel angewandt zum antisemitischen Antizionismus mutiert.
19.30 Uhr, Cafe So&So im Langen August, Braunschweiger Str.22, Dortmund

Mittwoch, 4. Juni

„The Final Insult. Das Diktat gegen die Überlebenden“

Buchvorstellung der Gruppe „Offene Rechnung“ zur Thematik der NS-Sklavenarbeit
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6



Was waren die „Quellen des Holocaust“? Doing Lifetime

H.G. Adler, Überlebender der Shoah und Historiker, schrieb nach der Lektüre von Raul Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden* [Orig. 1961, deutsch 1982 (Olle & Wolter)/1990 (Fischer)]: „Am Ende bleibt nichts als die Verzweiflung über alles und der Zweifel an allem, denn für Hilberg gibt es nur ein Erkennen, vielleicht auch noch ein Begreifen, aber bestimmt kein Verstehen.“ Ihm fiel „die Hoffnungslosigkeit des Verfassers“ auf, der „ratlos vor [den Ereignissen] steht, bitter und verbittert, anklagend, kritisch nicht nur den Deutschen gegenüber.“ Damit ist er so gut charakterisiert, dass Hilberg dieses Zitat unkommentiert ans Ende seiner Memoiren Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers [Orig. und deutsch 1994 (Fischer)] stellte.

Raul Hilberg wurde 1926 in Wien geboren. Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 war seine Kindheit „mit einem Schlag beendet.“ Gut ein Jahr später floh er mit Vater und Mutter über Frankreich und Kuba in die USA, wo er exakt an dem Tag ankam, als Deutschland den Zweiten Weltkrieg begann. Viele seiner Verwandten hatten nicht soviel Glück; ihre Namen konnte er später, als Historiker, in den Akten der Judenvernichtung wiederfinden.

In der Schule und beim Militär entwickelte er eine sympathische Aversion gegen Gehorsam und Drill und traf so im April 1945 in Bayern als GI umso fassungsloser auf Deutsche, die bis zum Schluss kämpften und so „die Tragfähigkeit des Systems“ bewiesen. „Was ... möchte diese Männer in einer so späten Kriegsphase noch angespornt haben, in den fast sicheren Tod zu laufen?“

Hilbergs Gedanken zur Bürokratie

Nach dem Krieg studierte er Staat und Recht u.a. bei Franz Neumann (Verfasser von z.B.: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus*), der zum Umkreis der Kritischen Theorie gehörte. Hier entwickelte er seine Vorstellung von der „Bürokratie als ein Organismus“, die bislang „eine unbeachtete Welt“ war. Unter Zugriff auf umfangreiche Aktenbestände des Dritten Reichs als Angestellter des War Documentation Projects arbeitete er bis 1956, als er an die University of Vermont kam, an einem ersten Manuskript, das als *Die Vernichtung der europäischen Juden* nach vielen

Schwierigkeiten erst fünf Jahre später verlegt wurde und das bis heute ein Standardwerk ist. Hierin finden sich drei Leitmotive: (1) war ihm schon damals klar, dass die Shoah nicht zentral gelenkt wurde, dass es aber eine „Richtung“, eine „innere oder latente Struktur“ gab. (2) wollte er konsequent der „Täterperspektive“ folgen, d.h. aus den Maßnahmen der diversen beteiligten Stellen die „Komplexität“ der Tat aufdecken, die (3) „keine Greueltat im üblichen Sinne“ war.

Bewusst distanziert, sachlicher Stil

Hannah Arendt rezipierte es zustimmend für ihr folgenreiches Werk *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. Beiden geschah durch die Rezeption Unrecht: von den Überlebenden und ihren Nachkommen wurde ihnen ‚Kälte‘ und ‚Mitleidslosigkeit‘ vorgeworfen, weil die Opfer nicht anders denn als Objekte von Maßnahmen vorkamen. Hilbergs Werk wurde von israelischer Seite abgelehnt und finanzielle Unterstützung versagt, was ihn traf, denn „zehn Jahre lang hatte ich gehofft, daß Juden und gerade Juden meinen Text lesen würden. Für sie arbeitete ich.“ Bei den TäterInnen und ihren Nachkommen fanden Hilberg und Arendt Zustimmung, weil die TäterInnen in Phrasen von Bürokratie, Genozid und Moderne verschwinden konnten. Dabei bedeutet Bürokratie für Hilberg nicht interesseloses, unbeteiligtes Mittun an verselbständigten Abläufen. Arendt bspw., die er abschätzig als „Geschichtsphilosophin“ bezeichnet, habe nicht erkannt, „wieviel Gewaltiges [Eichmann] mit so wenig Personal vollbracht hatte“, „welche Pfade Eichmann im Dickicht des deutschen Verwaltungsapparates für seine beispiellosen Maßnahmen aufgespürt hatte.“ Hilberg stellt die Bürokratie heraus, um zu zeigen, dass „die Bandbreite der Ämter, die letzten Endes an den Vorgängen beteiligt waren, identisch mit der ganzen Verwaltung oder gar mit der gesamten organisierten Gesellschaft Deutschlands“ war. Mit der Bürokratie will er die Judenvernichtung nicht aus Deutschland herauslösen, sondern die Gesamtbeteiligung der Deutschen unterstreichen.

Seine Haltung zur Tat bestimmt die Nüchternheit seines Stiles. Bewusst und mit Absicht gab er seinem Hauptwerk „eine kühl distanzierte Stimmung.“ Ihm war klar, „daß ich nicht tausend Seiten lang schreiben konnte.“ Von George Steiner übernahm er, dass „die einzige Sprache, in der man über den Holo-

caust schreiben kann, die deutsche Sprache“ sei, weil „in der Sprache etwas von dem Gedankengang steckt.“ Umgang mit Deutschen vermied er, Deutschland mied er bis in die 1980er Jahre. Hans Mommsen kann ein Lied davon singen. Er beklagt Demütigungen und „scharfe antideutsche Töne“ bei US-Historiker-Tagungen. Hilberg zeigt also Vernunft.

Sonderzüge nach Auschwitz [Orig. 1976, deutsch 1981 (Dum-jahn)] kann als ein Extrakapitel zu *Die Vernichtung der europäischen Juden* über die Rolle der Deutschen Reichsbahn bei der Shoah betrachtet werden. Sein vorletztes Werk, *Täter, Opfer, Zuschauer, Vernichtung der Juden 1933 – 1945* [Orig. und deutsch 1992 (Fischer)] wurde in den USA verrissen, in Deutschland positiv aufgenommen. Hilberg variiert durch die Darstellungsweise das Thema seines Hauptwerks, holt quellengestützt weit aus und erzählt Geschichten, gegliedert nach den drei Gruppen im Titel. Seine jüngste Veröffentlichung macht ratlos. Hilberg gibt eine Übersicht über die Quellen der Shoah, ihre Besonderheiten, auf was man achten muss, wenn man sich mit ihnen beschäftigt, wie sie einzuordnen sind etc. Dies teilweise so simpel und belanglos, dass auch ein Proseminar davon nicht profitieren könnte. Dazu erzählt er wieder Geschichten, Ausschnitte aus Schicksalen von Opfern. Der Erkenntnisgewinn geht leider gegen Null. Vielleicht ist sein Problem, dass er, im Gegensatz zur neueren Täterforschung, an die nach dem Fall des Ostblocks nach und nach freigegebenen Archive den Anschluss nicht geschafft hat.

fake

Raul Hilberg (2002): Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren. Frankfurt/M: Fischer. Ca. 250 Seiten, 22,90 Euro.

:bszkolumne

SOS Bochum

A und B gehen durch Bochum. Plötzlich wird A kreidebleich und keucht: „Vorsicht, da liegt ‘ne Kippe!“ Auch B packt die Panik: „Scheiße, bloß weg hier!“ Was ist hier los? A und B fühlen sich durch den herumliegenden Müll in ihrem Sicherheitsempfinden beeinträchtigt. Mit ihnen die Bochumer BürgerInnen, hat die Stadtverwaltung mitbekommen – und macht ernst mit BürgerInnennähe.

Da sich also die BürgerInnen „durch Verunreinigungen oder Vandalismus in ihrem Sicherheitsempfinden gestört“ fühlen und sich ein „verstärktes Eingreifen der Ordnungsbehörden bei Rechtsverstößen“, „einhellig“ wünschen, zeigt sich die Verwaltung spendabel und gibt den BürgerInnen Sicherheitsgefühl. Zusätzliche Aufgabe von drei MitarbeiterInnen des städtischen Ordnungs- und 21 des Vollzugsdienstes wird es ab Jahresmitte nämlich sein, „kleine Rechtsverstöße“ – d.h. Ordnungswidrigkeiten, die schon ewig welche sind und genau so lange niemanden interessiert haben – umgehend mit einem Verwarnungsgeld zu ahnden. Fünf Euro fürs Wegwerfen kleiner (Kippe, Tempo, Pommesschale), zehn fürs Wegwerfen einzelner „bedeutender“ oder mehrerer unbedeutender Gegenstände. Auch das Nicht-Anleinen von Hunden ist verboten, fürs Vergehen sind bei kleinen Hunden dann 25, bei großen 35 Euro fällig. „Mutwilliges Versetzen einer Bank“ kommt 20 Euro, und ob der 35 Euro für „Urinieren in der Öffentlichkeit“ werden sich verstärkt auch Typen fragen: „Was tun?“ und die Beine in die Hand nehmen. Und das alles nicht nur in der Innenstadt, sondern im ganzen Stadtgebiet und vielleicht auch des Nachts.

Der Stadtverwaltung ist dabei nur anzulasten, sich der üblichen angreifbaren Logik „repräsentativer“ Erhebungen hingeben zu haben. Begründung für das striktere Vorgehen ist nämlich das Ergebnis einer BürgerInnenbefragung aus dem letzten Jahr. Aber immerhin hat der Fragebogen in halboffenen Fragen Raum gelassen, auch sowas wie Nazi-Horden, Autoverkehr, Videokameras oder Sicherheitsdienste als Gründe fürs ‚Unbehagen‘ anzugeben. Aber nicht staatliche Repression, sondern Schmutz und Unordnung sind in den Augen ‚der Bochumer‘ ein Sicherheitsrisiko.

Für dieses großzügige Angebot, individuellen Sagrotan-Mentalitäten durch verstärkte Repression zu allgemeiner Geltung zu verhelfen, werden die Bochumer BürgerInnen



ihrer Verwaltung sicher noch lange dankbar sein. Denn jetzt gilt auch für die Stadt, was anderswo schon immer stimmte: Sau-berkeit verbindet. (Alle Zitate von <http://www.bochum.de/ordnungsamt/gelbekarte.htm>)

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwierz

Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Martin Krämer (mk1), Daniel Steigerwald, Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>